

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 100. Ratssitzung vom 16. Dezember 2011

2094. 2011/345 Weisung vom 21.09.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 99 vom 16.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

Antrag 103.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Kurt Hüssy (SVP): Dank des Freizügigkeitsabkommens ist die Anzahl Prostituiertes aus den neuen EU-Ländern um das Vierfache gestiegen. Für Abklärungen, ob die Anforderungen für DienstleistungserbringerInnen erfüllt sind, werden die Frauen von DolmetscherInnen befragt. Die so verursachten Kosten müssen die SteuerzahlerInnen bezahlen. Die Aufwendungen müssen von den VerursacherInnen, also den Damen, die zum Geldverdienen hierherkommen, selbst bezahlt werden. Wir beantragen, die 55 400 Franken zu streichen.

Florian Utz (SP): Die SVP fordert nicht einfach eine Weiterverrechnung der DolmetscherInnenkosten, sondern die Abschaffung der DolmetscherInnen. Wenn eine solche Gebühr beantragt würde, müsste man auf einem Ertragskonto einen zusätzlichen Ertrag verbuchen. Das ist nicht im Sinne der Mehrheit, weshalb der Antrag abzulehnen ist.

S. 208	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3018 0000	Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
103.	Antrag Stadtrat			400'400	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

55'400

345'000

Minderheit

Vizepräsident Roger Liebi
(SVP) Referent, Monika
Erfigen (SVP)

Begründung: Dolmetscherkosten dürfen nicht zulasten Steuerzahler gehen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 104.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wenn es laut dem Stadtrat momentan eher schwierig ist, den Personalbestand sofort aufzustocken, ist es nicht logisch, gleichzeitig den Personalwerbeetat zu vergrössern. Die Personalwerbekosten sollten auf dem Budgetniveau 2011 belassen werden.

Urs Schmid (FDP): Das Umfeld bei der Rekrutierung hat sich stark verändert. Die Minderheit 2 möchte aber den Antrag des Stadtrats um 150 000 Franken kürzen, was mit der ständigen Überprüfung der Werbekonzepte erreicht werden kann. Wir denken dabei an die Koordination von TV-Werbung, Kinowerbung, Onlinemedien, MitarbeiterInnenwerbung, Stellenportalen im Internet, Gratiszeitungen, klassische Printmedien, Schaukästen, Messeauftritten, Mitarbeitende werben Mitarbeiter usw.

Florian Utz (SP): Wir haben vorher 15 neue Polizeistellen geschaffen. Das ist eine andere Ausgangslage als 2010 oder 2011. Wenn man mehr Stellen hat, braucht man mehr Bewerbungen, um die Stellen zu besetzen. Vor allem bei der Stadtpolizei ist es so, dass nur 12 - 13 % der BewerberInnen den Kriterien genügen. Wir sollten die Werbemassnahmen jetzt verstärken. Ansonsten muss das Anforderungsprofil heruntersetzt und auch Leute genommen werden, die weniger gut sind. Oder man lässt die Stellen einfach unbesetzt. Die Mehrheit erachtet beide Varianten als nicht sinnvoll und bittet daher um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Es ist eine eigenartige Interpretation der SP, die hohen Personalwerbekosten mit der Schaffung der zusätzlichen 15 Polizeistellen zu begründen. 332 000 Franken mehr Werbemassnahmen würden in diesem Fall 25 000 Franken pro Person ausmachen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Werbung von Personal und zwar nicht nur für die Polizei, ist im Raum Zürich ein Kampf um gute Leute in allen Bereichen. Durch die Kürzungen allein

des Budgets 2011, sind bei der Polizei 25 % weniger Stellenbewerbungen eingegangen. Das ist ganz substanziell, denn man kann nicht einfach den Nächstbesten nehmen. Das Korps muss eine Auswahl treffen können, damit es in jeder Hinsicht gut qualifizierte Kräfte hat. Der Kampf wird härter. Unabhängig davon, ob wir nächstes Jahr 15 zusätzliche Stellen haben, müssen uns für die kontinuierliche Werbung und für die Präsenz im kommunikativen Bereich, die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

S. 209	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
	2520	Stadtpolizei			
	3092 0000	Personalwerbung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
104.	Antrag Stadtrat			731'000 150'000 N	Mehrheit
		332'800		548'200	Minderheit 1
		150'000		731'000	Minderheit 2
					Enthaltung

Begründung: SVP: Betrag gemäss Budget 2011; FDP: Werbemassnahmen prüfen

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (881'000) 65 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 105., 107. und 108.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): *Wir beantragen eine Erhöhung um 55 000 Franken. Wir wollen den Versuch schon 2012 machen, darum haben wir den hohen Betrag eingesetzt. Natürlich könnte man die Kameras mieten, man könnte sie auch auf drei Jahre verteilen. Doch wir finden, die Anschaffung der Helmkameras ist jetzt wichtig, dringend und notwendig.*

Urs Schmid (FDP): *Der Stadtrat reduziert das Budget 2012 um 880 000 Franken auf rund 4,4 Millionen Franken. Die Schaffung neuer Schutzausrüstung für den unfriedlichen Ordnungsdienst ist abgeschlossen. Es wird also kein zusätzlicher Betrag benötigt, um in*

weitere Begehrlichkeiten der Mehrheit zu investieren. Die Mehrheit möchte fünf neue semistationäre AVK-Anlagen bestellen in Höhe von insgesamt 1,2 Millionen Franken. Ab 2013 müssten Mehrkosten im Budget von rund 5,3 Millionen Franken berücksichtigt werden. Die Minderheit 1 ist mit dem Antrag der Mehrheit nicht einverstanden, da der Stadtrat Neuanschaffungen im Moment nicht als prioritär betrachtet.

Florian Utz (SP): *Die SVP fordert neue Helmkameras und SP, Grüne und GLP setzen sich für fünf neue, semistationäre AVK-Anlagen ein. Helmkameras erscheinen uns nicht sinnvoll, denn heute gibt es eine klare Aufgabenteilung beim Polizeidienst: Die BeamtInnen an der Front und die Filmteams im Hintergrund. So können sich alle auf ihre Arbeit konzentrieren. Das erscheint uns sinnvoller, als wenn die FrontpolizistInnen auch noch gleichzeitig ihre Einsätze filmen müssen. Zweckmässig ist aber in jedem Fall die Anschaffung der fünf Radarfallen. Es gibt in Zürich pro Jahr rund 200 Schwerverletzte durch Verkehrsunfälle. Wir möchten die Menschen, ganz besonders Schulkinder, vor RaserInnenunfällen schützen. Deshalb eignet sich dieses AVK-Modell besonders gut, um Tempo-30-Gebiete und Gebiete rund um Schulen zu kontrollieren. Die fünf Millionen Franken, die ab 2013 anfallen würden, sind Mehrerträge durch Bussen. Wir haben die Busseneinnahmen für 2012 nicht budgetiert, weil es uns um die Verkehrssicherheit geht.*

Weitere Wortmeldungen:

Roland Scheck (SVP): *Dass automatische Verkehrskontrollanlagen die Sicherheit erhöhen, ist eine verkehrsrromantische Mär, die schon mehrmals widerlegt worden ist. Eine AVK-Anlage ist ein Bussengenerator, aber sicher keine sicherheitsrelevante Einrichtung. Darum lehnen wir die Beschaffung dieser zusätzlichen Anlagen ab. Die Erhöhung der Verkehrssicherheit, die die RPK-Mehrheit mit ihrem Antrag auf den Positionen 105, 107 und 108 anstrebt, lässt sich mit dieser Massnahme schlichtweg nicht realisieren.*

Mauro Tuena (SVP): *Die neuen Radarfallen am Bürkliplatz und vor der kantonalen Verwaltung haben mit Verkehrssicherheit nichts zu tun. Dort wird nicht gerast und es gibt auch im näheren Umfeld kein einziges Schulhaus. Die Fallen sind dort installiert worden, um das Budget der Stadt Zürich aufzubessern. Laut deiner Erklärung, Florian Utz (SP), sind alle Verkehrsunfälle in der Stadt RaserInnenunfälle. Ich finde es gefährlich und völlig daneben, dies so pauschal zu behaupten. Und mit dieser fadenscheinigen Begründung forderst du dann mehr Radargeräte, die eben nicht in der Nähe von Schulen aufgestellt werden. Wenn dem so wäre, hätten wir ja nichts dagegen. Wir haben einmal mit einem Postulat Tafeln gefordert, auf denen «Achtung Radarkontrolle» stehen sollte, um diese vor den jeweiligen Geräten zu postieren. Die AutofahrerInnen wären dann sicherlich langsamer gefahren. Doch damals hat sich die SP vehement dagegen gewehrt. Damit hättet ihr ja auch keine Busseneinnahmen generieren können.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Eine einzige dieser AVK-Anlagen kostet knapp 250 000 Franken. Die Anschaffung muss sich also rentieren. Wenn es um Verkehrssicherheit ginge, gäbe es günstigere Massnahmen. Es gibt z. B. Leuchttafeln, die anzeigen, wie schnell man effektiv fährt. Für das gleiche Geld könnte man Unmengen dieser Anzeigetafeln kaufen und installieren. Dies als eine Art Appell an die Selbstverantwortlichkeit der AutofahrerInnen mit einer sehr breiten Wirksamkeit. Doch die Anlagen, die man aufstellen will, sorgen nicht für Sicherheit, sondern nur für Bussen und eine Verstopfung des Verkehrs.

Marc Bourgeois (FDP): Die Verkehrsunfallstatistik der Stadt Zürich weist aus, dass es definitiv mehr Tote durch öffentlichen Verkehr als durch überhöhte Geschwindigkeit gibt. Die Verkehrsunfälle, die wir haben, basieren vor allem auf mangelnder Aufmerksamkeit, aber sicher nicht auf Rasertum. Und gegen mangelnde Aufmerksamkeit nützt auch ein Blitzkasten herzlich wenig. Wenn das Geld wirklich ausgegeben werden soll, dann wenigstens sinnvoll, z. B. indem man auch für VelofahrerInnen in den 30er und 50er Zonen eine Geschwindigkeitslimite einführt. Der Bremsweg eines Velos ist nicht kürzer als der eines Autos und beim Velounfall gibt es meistens zwei Verletzte.

Christian Traber (CVP): Die CVP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrats folgen und in dem Sinn den Ausführungen von Urs Schmid (FDP). Wir sind gegen die Neuanschaffungen, weil die vorhandenen Mittel, sprich die Radarkästen, ausreichen. Ich persönlich finde die neue Anlage am Bürkliplatz sinnvoll, weil sie die Rotlicht-Sünder stoppt. Dort überqueren sehr viele TouristInnen die Strasse in Richtung See, doch viele Autos rauschten bis anhin einfach bei Rot weiter. Die Kästen haben also sehr wohl eine Sicherheitsfunktion und sind nicht allein der Abzockerei wegen installiert worden.

Marlène Butz (SP): Die Anlage am Bürkliplatz hat eine weitere Funktion: Dass sich die Autos vom General-Guisan-Quai und die von der Talstrasse nicht gegenseitig blockieren, wenn sie zusammen auf die Kreuzung fahren. Das ist also eine Massnahme für eine flüssige Verkehrsführung. Ob die Radarkästen nun der Verkehrssicherheit dienen oder nur eine Einnahmequelle sind, ist eigentlich nebensächlich. In erster Linie geht es um die Eigenverantwortung jedes Einzelnen oder jeder Einzelnen, sich an die Regeln zu halten.

Dr. Martin Mächler (EVP): Es ist wichtig, dass gewisse AutomobilistInnen lernen, dass Selbstdisziplin nötig ist. Dazu verhelfen vielleicht solche Anlagen. Zur bürgerlichen Seite: Die Geräte sind zwar nicht so billig, doch dafür vandalensicher, was den hohen Preis wieder rechtfertigt. Weil es immer Leute gibt, die viel zu schnell fahren, zahlt sich die Anschaffung schlussendlich wieder aus.

Urs Fehr (SVP): Jeder, der in dieser Stadt Auto fährt, weiss ungefähr, wo die Blitzkästen sind. Man sieht auf dem Tacho, wie schnell man fährt. Bei neueren Fahrzeugen leuchtet sogar die Digitalanzeige. Daraufhin verlangsamt man kurz und erhöht das Tempo automatisch wieder, sobald die Anlage passiert ist. Damit ist keine Sicherheit geschaffen.

Marc Bourgeois (FDP): Ich danke der EVP für ihr Votum. Dr. Martin Mächler (EVP) hat sich wörtlich an die Bürgerlichen gewandt und damit auch klar gemacht, dass er nicht bürgerlich ist. Genauso wie die Grünliberalen sich als Nichtbürgerliche geoutet haben.

Guido Trevisan (GLP) stellt den Antrag auf Halbierung der Redezeit.

Mauro Tuena (SVP): Das ist nicht förderlich. Es stimmt, dass wir noch relativ viele Anträge vor uns haben. Aber es gibt genauso Anträge, die einige Minuten mehr Zeit benötigen. Zweieinhalb Minuten sind faktisch nichts. Es ist wichtig, dass man die Begründungen liefern kann. Die Redezeit wird für die nächste Budgetdebatte überprüft. Aber jetzt, in der Mitte der Debatte so einen Antrag zu stellen, nur weil dir vielleicht das Thema nicht passt, ist heikel. Ich möchte darum bitten, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag von Guido Trevisan (GLP) mit 58 gegen 59 Stimmen ab.

S. 209	25 2520 3111 0303	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen Maschinen, Geräte und Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105.	Antrag Stadtrat				4'494'300	Minderheit 1 Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL)
				50'000	4'544'300	Minderheit 2 Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
				925'000	5'419'300	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Minderheit 2: Pilotversuch Helmkamera soll gestartet werden
Mehrheit: Beschaffung 5 neue semistationäre AVK-Anlagen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insb. bei Schulhäusern und Tempo-30-Zonen

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und der Minderheit 2.

7 / 37

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (5'419'300) 71 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 107.

Wortmeldungen siehe Antrag 105.

S. 210	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3151 0200	Unterhalt Maschinen, Geräte, Einrichtungen, Korpsmaterial und Ausrüstung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				1'756'900	Minderheit
				20'800	1'777'700	Mehrheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Beschaffung 5 neue semistationäre AVK-Anlagen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insb. bei Schulhäusern und Tempo-30-Zonen

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 50 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

8 / 37

Antrag 108.

Wortmeldungen siehe Antrag 105.

S. 210	25 2520 3180 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
108.	Antrag Stadtrat				4'176'500	Minderheit
				30'600	4'207'100	Mehrheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Beschaffung 5 neue semistationäre AVK-Anlagen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, insb. bei Schulhäusern und Tempo-30-Zonen

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 48 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 109.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Kurt Hüssy (SVP): Bei diesem Posten wollen wir knapp 10 % einsparen. Es soll nicht mehr budgetiert werden als im letzten Jahr. Die Lebensmittelpreise werden tendenziell eher günstiger, also ist auch mit mehr Personal nicht zwingend ein höheres Budget nötig. Wein und Spirituosen sind zudem nicht wirklich betriebsnotwendig und sollten eigentlich aus dem Sortiment gestrichen werden.

Florian Utz (SP): Das Budget kann problemlos gekürzt werden. Man muss aber wissen, was es bedeutet, hier 50 000 Franken zu streichen. Dadurch wird das Angebot an Biolebensmitteln und Schweizer Lebensmitteln verringert, weil wir die ausländische Ware billiger einkaufen können. Der SVP-Antrag ist ein direkter Angriff auf die Schweizer Landwirtschaft.

9 / 37

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Schwendener (SVP): *Das GUD ist für den zentralen Einkauf zuständig. Die 50 000 Franken würden wir vermutlich mit links sparen.*

S. 210	25 2520 3135 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Lebensmittel				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat				600'000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
			50'000		550'000	Minderheit
						Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung
						Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Lebensmittelpreise sinken. Wein, etc. ist nicht betriebsnotwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen zu.

S. 212	25 2520 4340 0102	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Entgelte für Arbeiten und Aufträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
110.	Antrag Stadtrat				-4'005'000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
				675'000	-3'330'000	Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent
						Enthaltung
						Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Reduktion Verrechnung sicherheitspolizeilicher Aufwand nach POG

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

10 / 37

Antrag 111.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Bruno Amacker (SVP): Die SVP verlangt, dass die knappen personellen Ressourcen für Tätigkeiten eingesetzt werden, die der Verkehrssicherheit dienen. Das Eintreiben von Geld durch Kontrollen beim ruhenden Verkehr zählt nicht dazu. Es wäre der Verkehrssicherheit dienlicher, wenn die Polizei am Morgen in der Stadt kontrollieren würde, wie viele AutofahrerInnen mit dem Natel telefonieren. Doch das scheint weniger lukrativ zu sein. Die Parkbussen sind umso ärgerlicher, als gleichzeitig die Anzahl der Parkplätze massiv abgebaut wird. Durch die verstärkten Kontrollen wird die Misere noch erhöht.

Florian Utz (SP): Die SVP setzt sich also neuerdings für Leute ein, die sich nicht an das Gesetz halten? Parkieren hat mit Sicherheit zu tun. Das ist nicht nur der Fall, wenn AutolenkerInnen mit ihren Fahrzeugen Feuerwehrausfahrten blockieren, sondern auch, wenn jemand sein Auto auf einem Veloweg abstellt, die VelofahrerInnen abrupt auf die Strasse ausweichen müssen und dadurch ein Unfall passiert.

S. 212	25 2520 4370 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Ertrag aus Ordnungsbussen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
111.	Antrag Stadtrat				-59'500'000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
				5'000'000	-54'500'000	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Aufgabe Polizei: Gewährleistung Sicherheit, keine Ahndung von Bagatellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 112.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Die Anschaffungen auf den Konti IT-Anlagen Hardware und wissenschaftlicher Dienst sind für Videoprojekte gedacht. Unter diesen Videoprojekten ist eine temporäre Übersichtsdarstellung von Grossanlässen und Sonderlagen, wie die Streetparade oder der 1. Mai, zu verstehen. Der Stadtrat will ein Videokoordinationssystem mit insgesamt 400 000 Franken schaffen, für das gar keine gesetzliche Grundlage besteht. Es geht um eine grossflächige Zusammenschaltung von sämtlichen Videokameras, die dazu dient, direkt vom Kommandoraum der Polizeizentrale aus die Stadt zu überwachen. Neben all den Fotoapparaten und Videokamerateams, die auf der Strasse im Einsatz sind, soll jetzt also noch dieses überflüssige Zusatzsystem kommen.

Florian Utz (SP): Natürlich sind auch wir von der SP besorgt darum, dass die gesetzlichen, einschränkenden Regelungen der Überwachung eingehalten werden. Trotzdem erachten wir es als nicht sinnvoll, dem Stadtrat die notwendigen finanziellen und technischen Ressourcen für Videoüberwachungsanlagen vorzuenthalten.

S. 213	25 2520 501411	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung von IT-Anlagen Hardware				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
112.	Antrag Stadtrat				535'200	Mehrheit
			40'000		495'200	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)
			Begründung: Verzicht auf Videoprojekte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen zu.

12 / 37

S. 213	25 2520 501424	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
113.	Antrag Stadtrat				550'000	Mehrheit
			250'000		300'000	Minderheit Enthaltung
			Begründung: Verzicht auf Anschaffung Einsatzfahrzeuge KP Front und Führungsunterstützung			

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

S. 213	25 2520 501425	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Einrichtungen für wissenschaftlich-technische Dienste				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
114.	Antrag Stadtrat				1'540'000	Mehrheit
			510'000		1'030'000	Minderheit Enthaltung
			Begründung: Verzicht auf Videomanagement 350'000 und Ersatz Digicam 160'000			

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zu.

13 / 37

Antrag 115.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Fallzahlen sind deutlich rückläufig, also sind weniger Leute notwendig, um diese zu bearbeiten. In dieser Position können deshalb zwei Stellen gestrichen werden.

Florian Utz (SP): Es stimmt, dass die Fallzahlen gesunken sind. Der Grund dafür liegt darin, dass SchwarzfahrerInnen derzeit nicht mehr gebüsst werden können. Ab 2013 werden sich die Zahlen wieder angleichen. Nur um ein paar Monate Lohnkosten einzusparen, müssen nicht gleich zwei Leute entlassen werden. Dadurch geht Know-how verloren. Um wieder neue MitarbeiterInnen einzustellen, muss man zudem Personalwerbung beanspruchen und es fallen Kosten für Aus- und Weiterbildungen an. Eine andere Lösung: Die neue Strafprozessordnung führt zu einem dauerhaften Mehraufwand. Die Leute sind dort vorübergehend einsetzbar.

S. 214	25 2525 3010 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtrichteramt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
115.	Antrag Stadtrat			5'636'800	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		200'000		5'436'800	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: 2 Stellen können wegen sinkenden Fallzahlen eingespart werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 39 Stimmen zu.

Antrag 116.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir sollten keine Gebühren erheben, die gemäss kantonaler Gebührenordnung gar nicht erhoben werden müssten. Die 2 Millionen Franken sind einzusparen.

Florian Utz (SP): Der Grund für die Gebührensenkung sind die neuen kantonalen Richtlinien, die 2012 in Kraft treten. Deshalb sieht das Budget des Stadtrats eine Senkung im Umfang von 2,2 Millionen Franken bereits vor. Der Gesamtertrag ist sogar um 4,1 Millionen Franken tiefer, weil die SchwarzfahrerInnen nicht mehr gebüsst werden können. Eine weitere Reduktion lehnen wir aber ab, selbst dann, wenn es rechtlich möglich wäre. Sie würde einerseits zu einer Entlastung der GesetzesbrecherInnen führen, auf der anderen Seite aber zu einer Mehrbelastung der SteuerzahlerInnen.

Weitere Wortmeldungen:

Bruno Amacker (SVP): Da das Stadtrichteramt eine städtische und keine kantonale Stelle ist, kommen hier städtische Gebührentarife zur Anwendung. Das Problem ist jedoch ein anderes: Das Äquivalenzprinzip ist verletzt. Für 50 Franken Busse muss man 150 Franken Gebühren zahlen. Wenn man nicht eingetriebene Bussen als Aufwand verrechnet und auf der anderen Seite Gebühren so hoch ansetzt, dass die Bussen damit gedeckt werden, ist das rechtsstaatlich höchst bedenklich.

Niklaus Scherr (AL): Ich habe die SP immer als kommunale Partei wahrgenommen, die sich gegen die Vorschriften des Kantons verwahrt hat. Wenn es aber ums Geld einreiben für die Stadtkasse geht, klebt die SP sklavisch am Staat. Gebühren treffen immer Menschen. Der geschlossene Rechnungskreis derjenigen, die schon mal von der Polizei geschnappt wurden, wird von der SP nun als kostendeckendes Prinzip nach sozialdemokratischen Grundsätzen vertreten.

S. 216	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2525	Stadtrichteramt				
	4310 0000	Gebühren für Amtshandlungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116.	Antrag Stadtrat				-10'640'000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
				2'000'000	-8'640'000	Minderheit
						Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung
						Walter Angst (AL)

Begründung: Weiteres Potenzial zur Gebührensenkung im Rahmen der kant. Gebührenordnung, zudem verstossen 3 Gebühren gegen das Äquivalenzprinzip

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 51 Stimmen zu.

Antrag 117.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Der Stadtratsbeschluss Planstellenbeschaffung Schutz & Rettung Zürich soll im Januar 2012 umgesetzt und das budgetierte Geld dafür bereitgestellt werden. Da hier Teilzeitstellen geschaffen werden sollen, beantragt die RPK-Minderheit die Kürzung. Wir haben grundsätzlich nichts gegen Teilzeitstellen, doch hier werden diese mit einer zunehmenden Zahl von Schwangerschaften begründet. Es stimmt, dass diese zugenommen haben. Die Minderheit glaubt jedoch nicht, dass man Schwangerschaftszahlen in Zukunft extrapolieren kann. Dazu kommt, dass die Stellen vor allem für Frauen geschaffen werden, während in anderen Abteilungen bei Schutz & Rettung keine Teilzeitarbeit möglich ist. Das finden wir bedauerlich. Solange diese Gleichheit noch nicht hergestellt ist, beantragen wir die Kürzung.

Florian Utz (SP): Unsere Stadt wächst; demzufolge benötigen wir mehr Stellen bei der Rettungssanität. Wenn man nicht mehr Stellen schafft, obwohl es mehr Verletzte gibt, braucht der Krankenwagen länger, um an Ort und Stelle zu sein. Das ist nicht im Interesse der Menschen in unserer Stadt. Die Teilzeitstellen sind vor allem für Mütter, die nach der Schwangerschaft erneut in den Beruf einsteigen und nicht gleich zu 100 % wieder arbeiten wollen. Wir sehen nicht, was daran falsch sein soll. Wenn wir die Teilzeitstellen nicht haben, geht Know-how verloren, weil die Mütter dann woanders arbeiten und Schutz & Rettung wieder ganz neues Personal suchen muss. Es ist doch kein Grund Florian Utz (SP), dass wenn nicht überall gleichviele Stellen geschaffen werden, ihr dort dagegen seid, wo sie geschaffen werden.

S. 217	25 2550 3010 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
117.	Antrag Stadtrat			67'520'900	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		80'000		67'440'900	Minderheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Keine zusätzlichen Stellen für Teilzeitarbeit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen zu.

Antrag 118.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir sehen nicht ein, warum die Belastung in diesem Jahr höher sein soll, als beim Budget 2011. Einige Parteien sind offensichtlich mit einer Aufwandssteigerung von 490 Millionen Franken zufrieden und freuen sich über ein ausgeglichenes Budget, weshalb sie bei zusätzlichen Aufwänden nicht dagegen sprechen. Wir sind aber stringent in unserer Meinung und überzeugt, dass der Stadtrat durchaus weiss, wie und wo er sparen kann.

Florian Utz (SP): Die Löhne sind für Notärztinnen und Notärzte sowie Aushilfen im Ausbildungsbereich gedacht. Warum wir in der Stadt mehr Notärztinnen und Notärzte brauchen, ist offensichtlich. Genauso wenig sinnvoll ist es, bei den Ausbildungen im medizinischen Bereich zusammenstreichen zu wollen.

S. 217	25 2550 3018 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
118.	Antrag Stadtrat			632'300	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		287'600		344'700	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Keine Rechtfertigung für höhere Belastung gegenüber Budget 2/2011

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 29 Stimmen zu.

Antrag 119.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Kurt Hüssy (SVP): Hier scheint man sich zweimal verrechnet zu haben und dies nicht nur bei den 200 000 Franken, die der Stadtrat nun selbst wieder streichen will. Die Minderheit beantragt, den Posten gleichwie im letztjährigen Budget zu belassen.

Florian Utz (SP): Der Stadtrat hat 200 000 Franken zuviel budgetiert und von sich aus vorgeschlagen, diesen Betrag wieder herauszunehmen. Wo bei den weiteren 74 000 Franken der Fehler liegen soll, ist mir nicht ganz klar. Der SVP aber offensichtlich auch nicht.

S. 218	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2550	Schutz und Rettung				
	3099 0000	Übriger Personalaufwand				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
119.	Antrag Stadtrat			700'000		
		200'000		500'000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		274'200		425'800	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Mehrheit: Korrektur Budgetierungsfehler; Minderheit: gemäss STR keine Notwendigkeit für eine Erhöhung

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (500'000) 97 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 120.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Der Betrag 2011 hat ausgereicht, weshalb ein Jahr später nicht schon wieder mehr budgetiert werden muss.

Florian Utz (SP): Die Erhöhung hat verschiedene Gründe. Ein Grund sind die höheren Fallzahlen bei Schutz & Rettung; mehr Fahrten führen logischerweise zu mehr Benzinverbrauch. Ein weiterer Grund sind die mutmasslich höheren Benzinkosten 2012. Steigen diese nicht, wird man das Geld auch nicht ausgeben. Wir könnten natürlich bei der Wartung der Fahrzeuge sparen und die Pneu weniger häufig ersetzen. Der SVP scheint es offensichtlich egal zu sein, wenn während einer Blaulichtfahrt dann mal einer platzt. Das ist keine sinnvolle Forderung.

18 / 37

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Aufgrund der Budgetkürzung 2011 soll die Sicherheit nicht mehr gewährleistet sein?

Florian Utz (SP): Es gibt mehr Ausgaben für Fahrten und Benzin. Wenn man mehr Geld ausgeben muss, aber gleich viel Geld zur Verfügung hat, spart man an einem anderen Ort ein. In diesem Fall wäre das die Wartung.

S. 218	25 2550 3130 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
120.	Antrag Stadtrat				2'410'000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
			702'000		1'708'000	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Die Budgetmittel 2011 reichten gemäss Stadtrat aus

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 46 Stimmen zu.

S. 219	25 2550 3149 0100	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Kleinere Neu- und Umbauten: Zivilschutzanlagen und öffentliche Schutzräume	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
121.	Antrag Stadtrat		360'000		505'000 145'000	Zustimmung Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Verschiebung Umbau Zivilschutzanlage Tannenrauchstrasse zur Prüfung, ob wirklich notwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 122.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Ein Kostenanteil von 23 000 Franken soll für das 3D-Modell der Stadt Zürich auf dem Konto IT-Anlagen Hardware verbucht werden. Das 3D-Modell hat nichts mit dem Polizeidepartement oder mit IT-Hardware zu tun. Wir halten das paritätische Aufteilen von Aufwänden auf mehrere Konten und Abteilungen für falsch. Aufwände sollten immer vollumfänglich da geplant und abgerechnet werden, wo sie entstehen oder verursacht werden.

Florian Utz (SP): Die SVP hat vorher im Bereich Lebensmittelbeschaffung eine Zentralisierung gefordert. In der ganzen Stadt solle etwas für alle gemacht werden. Beim 3D-Stadtmodell geht es genau darum. Es gibt eines für alle Ämter in der ganzen Stadt. Jedes Amt leistet seinen finanziellen Beitrag dazu; nur so kann man Kosten sparen.

S. 219	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2550	Schutz und Rettung				
	3152 0000	Unterhalt IT-Anlagen Hardware				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
122.	Antrag Stadtrat			70'900	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		23'000		47'900	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: 3D Stadtmodell-Beitrag hat nichts mit IT Unterhalt zu tun

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 28 Stimmen zu.

Antrag 123.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Stadt ist nicht untergegangen mit dem Budget 2011 und auch die Sicherheit hat darunter nicht gelitten. Der Betrag ist zu streichen.

Florian Utz (SP): Bis und mit 2009 sind höhere Beträge eingestellt gewesen; jetzt geht man wieder auf dieses Level zurück. Dass 2010 und 2011 tiefere Beträge budgetiert wurden, liegt am benötigten Geld für die Grossprojekte Tram Zürich-West und Hardbrücke. Die Sanierungen wurden deshalb in beiden Jahren zurückgestellt. Man kann diese bis zu zwei Jahre aufschieben, aber im dritten Jahr muss man wieder etwas machen.

S. 224	25 2555 3149 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Kleinere Neu- und Umbauten: Verkehrsregelungsanlagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
123.	Antrag Stadtrat			2'300'000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP)
		900'000		1'400'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Die bis und mit 2011 budgetierten Beträge reichten immer voll und ganz

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

HOCHBAUDEPARTEMENT

Antrag 165.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Zentrale Verwaltung des Hochbaudepartements musste 2011 den Gürtel enger schnallen und im Personalbereich sparen. Angeblich wurden die Funktionsfähigkeit des Betriebs und das Tagesgeschäft jederzeit mit grossem Einsatz des Personals sichergestellt. Was 2011 geklappt hat, kann auch 2012 klappen. Trotzdem wird mehr Geld eingestellt. Das beweist einmal mehr, dass die Stellenplafonierung Makulatur ist.

Urs Schmid (FDP): Das Budget 2011/2 ist gegenüber dem Budget 2011/1 um rund 258 000 Franken gekürzt worden. Um das Ziel zu erreichen, sind die notwendigen Stellen vorübergehend gar nicht besetzt worden.

21 / 37

S. 304	40 4000 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
165.	Antrag Stadtrat				4'148'600	Mehrheit
			404'200		3'744'400	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 19 Stimmen zu.

Antrag 166.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): Die Anschaffung neuer IT-Anlagen ist überflüssig. Das Budget war 2010 bei rund 118 000 Franken. Aufgrund der Sparallianz 2011 wurde es auf 119 000 Franken erhöht und so belassen. Jetzt schraubt man plötzlich auf 170 000 Franken hoch, eine Erhöhung von fast einem Drittel. Wenn wir die Mietzinsen so aufstocken würden, hätte der Preisüberwacher oder die Preisüberwacherin viel Arbeit. Das Budget 2011 ist genügend.

Urs Schmid (FDP): Das Budget 2011 liegt unter dem Budget von 2010. Das Budget 2010 ist als Folge der städtischen IT-Strategie auf 249 000 Franken reduziert worden. Da sich der nötige Einsatz von nicht mehr unterstützender Software wegen personeller Engpässe verzögert hat, ist der Aufwand 2010 knapp unter 120 000 Franken ausgewiesen worden. Das Budget 2011/2 führt zu einer Unterbrechung der Zahlung des HBD-Anteils für das Projekt 3D-Stadtmodell. Zudem sind notwendige Lizenzen für bestehende Anwendungen nicht angeschafft worden. Im Budget 2012 ist dies alles enthalten.

22 / 37

S. 304	40 4000 3113 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Anschaffungen IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
166.	Antrag Stadtrat				170'000	Mehrheit
			51'000		119'000	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
						Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 167.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die externe Überprüfung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Organisation der IMMO (Postulat Tozzi/Badran GR Nr. 2009/571) sollte selber wirtschaftlich sein. Die Verschlechterung des Budgets um 150 000 Franken für eine solche Fremdleistung ist überrissen. Die Aufgabe könnte günstiger, zum Beispiel mit BWL-Studenten, geleistet werden. Die SVP beantragt eine Kürzung um 50 000 Franken.

Urs Schmid (FDP): Die Mehrheit ist klar anderer Meinung und unterstützt den Antrag des Stadtrats.

S. 305	40 4000 3186 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
167.	Antrag Stadtrat				185'000	Mehrheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

23 / 37

50'000

135'000

Minderheit

Vizepräsident Roger Liebi
(SVP) Referent, Monika
Erfigen (SVP)

Begründung: Externe Überprüfung unnötig, auf jeden Fall aber kostengünstiger möglich

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 168.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Die Minderheit 1 beantragt ihnen die Streichung dreier Architekturstellen im Bereich Ästhetik. Für uns ist die übertriebene Ästhetik, die die Stadt ausübt, nicht unterstützenswert.

Walter Angst (AL): Welche Abteilung im Amt für Städtebau ist denn die Abteilung Architektur für Ästhetik? Ich bin noch am rätseln, welche Stellen die FDP zu streichen denkt. Es werden zwei neue Stellen geschaffen. Eine Stelle in der Richt- und Nutzungsplanung und die andere im Bereich Architektur und öffentlicher Raum. Dort geht es um Beratung im Bereich Verdichtungen Ersatzneubauten, zusammen mit gemeinnützigen BauträgerInnen, grösstenteils Genossenschaften. Für die Neubesetzung dieser ProjektleiterInnenstelle sind 80 000 Franken im Budget eingestellt. Diesen Betrag möchten wir streichen. Die Stadt hat in ihrer beratenden Funktion einen klaren Auftrag zu verfolgen, nämlich eine quartier- und sozialverträgliche Verdichtung vorzuschlagen sowie zu ermöglichen. Sie sollte sich nicht schwerpunktmässig um die architektonische Qualitätssicherung bei der Bauproduktion kümmern. Die Stelle soll besetzt werden, die Erhöhung ist ausgewiesen, aber erst wenn klar ist, welcher Auftrag damit erfüllt werden soll.

Christine Seidler (SP): Die AL meinte, es sei hier nicht die Rede von grossen GrundeigentümerInnen, aber es ist wichtig, dass man sie in die kooperativen Planungsverfahren miteinbeziehen kann, zusammen Gestaltungspläne entwirft und die Stadt alles unter Beobachtung hat. Auf das Thema Verdichtung beziehen sich auch die beiden nachfolgenden Postulate, die eine Entwicklung von Leitbildern in Erwartung der grossen Strukturerneuerung verlangen. Wir müssen auf Quartier- und Siedlungsebene eine ökologische, ökonomische, aber auch sozialverträgliche Nachhaltigkeit erzielen. Genau diese Leitbilder muss jemand erstellen, dem die Minderheit 2 die Stelle streichen will. Die Mehrheit beantragt deshalb, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Schaut man sich die Bauprojekte an, die in der letzten Zeit bewilligt wurden oder eben auch nicht, stellt man fest, dass sich das Amt für Städtebau

(AFS) sehr intensiv um die Ästhetik in Detailfragen kümmert und eben nicht um die städtebaulichen Massnahmen. Das kann nicht sein. Deshalb forderten wir eine Kürzung der 25 Stellen um 10 %, was die Streichung dreier Stellen bedeuten würde. Wir möchten wenigstens einen Teilerfolg. Aus diesem Grund sind wir bereit, unseren Antrag zurückzustellen und die Minderheit 2 bei der Abstimmung zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Es geht hier nicht um private Räume, sondern um architektonische Beratungen im Baubewilligungsverfahren. Der Auftrag einer besseren Quartier- und Sozialverträglichkeit ist angekommen. Die Verwaltung wird dies entsprechend umsetzen und in die Beratung mit verschiedenen Genossenschaften einfließen lassen. Wir nehmen das ernst und sind auf dem Weg, weshalb ich darum bitte, das Postulat abzulehnen.*

S. 308	40 4015 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
168.	Antrag Stadtrat				10'490'700	Mehrheit
					300'000	Minderheit 1
					80'000	Minderheit 2
			Begründung: SVP/FDP: Übertriebene Aesthetik, 3 Stellen streichen; GLP/AL: Vorläufig Verzicht auf Besetzung Stelle Projektleiter im Bereich Architektur und öffentlicher Raum			

Michael Baumer (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 54 gegen 69 Stimmen ab. Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt.

25 / 37

Antrag 171.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): Wir lehnen die vier zusätzlichen PraktikantInnenstellen ab. Diese sind unnötig und nicht ausgewiesen. Dazu müssen PraktikantInnen eingeführt werden, was Personalressourcen beansprucht.

Urs Schmid (FDP): Der Grund für den zusätzlichen Bedarf an Personal und PraktikantInnen liegt in der Ressourcenknappheit, insbesondere in den Bereichen Planung und Architektur. Diese Bereiche verzeichnen eine Zunahme an Grossprojekten, wie auch eine signifikante Zunahme der Komplexität einzelner Geschäfte.

S. 308	40	HOCHBAUDEPARTEMENT				
	4015	Amt für Städtebau				
	3012 0000	Löhne des Personals in Ausbildung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
171.	Antrag Stadtrat				324'500	Mehrheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					130'400	Minderheit
					194'100	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Notwendigkeit nicht gegeben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 172.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Bei diesem Budgetposten diskutieren wir über eine 400 % Erhöhung von etwa 50 000 Franken auf 200 000 Franken. TaucherInnenmaterial soll zwecks erhöhter Sicherheitsmassnahmen erneuert werden. Die Stadt hat sechs TaucherInnen ganzjährig angestellt. Was machen sechs archäologisch ausgerichtete TaucherInnen ein ganzes Jahr lang in dieser Stadt? Diese Stellen bieten sich an, 2012 ein wenig abzubauen. Drei von ihnen sollten gestrichen werden.

Urs Schmid (FDP): Ziel ist es, die Sicherheit der TaucherInnen bei ihrer Arbeit unter Wasser zu gewährleisten. Eine gründliche Prüfung vom Sicherheitsdispositiv und den damit verbundenen Prozessen zeigt Sicherheitsmängel auf, die mit den geplanten Anschaffungen behoben werden könnten. Beim Material handelt es sich um TaucherInnenmasken mit Funkausrüstung, die Entwicklung und Umsetzung diverser Sicherheitsmassnahmen bei der TaucherInnenausrüstung, eine Kamera und ein Vermessungsgerät mit unterwasserfähigem GPS.

S. 309	40 4015 3111 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
172.	Antrag Stadtrat				200'500	Mehrheit
					75'800	124'700
						Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: zu hoher Taucherbestand, Material kann eingespart werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): Wir lehnen auch diesen Betrag ab. Das Gebiet um das Fraumünster ist archäologisch bereits bestens ausgewertet. Es sollten nicht noch grössere Baustellen verursacht werden. Deshalb schlagen wir eine Verbesserung von 1,5 Millionen Franken vor.

Urs Schmid (FDP): Auch hier handelt es sich um zusätzliche archäologische Arbeiten im Fraumünster- und Stadthausquartier im Zusammenhang mit den Werkleitungen durch das Tiefbauamt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *TaucherInnen machen auch Archäologie, auch in anderen Seen gegen ein entsprechendes Entgelt. Wir haben eine hoheitliche Aufgabe und ein historisches Erbe; deshalb sind wir verpflichtet diese Ausgrabungen zu machen.*

S. 309	40 4015 3180 0050	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Archäologische Arbeiten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
173.	Antrag Stadtrat				3'623'000 -900000 N	Mehrheit Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'500'000		1'223'000	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Knappe Finanzen: Fraumünstergebiet archäologisch bestens ausgewertet

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 174.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Die Planung des Kongresshauses soll um ein paar Jahre verschoben werden. Wir stehen erst am Anfang, brechen also nichts ab. Das Kongresshaus wird uns in den nächsten Jahren als Investition sehr belasten, insbesondere in der Realisierungsphase. Es wäre sinnvoll, angesichts des Bevölkerungswachstums und der dringenden Aufgaben in der Infrastruktur, bei diesem Projekt den Spargang einzuschalten.*

Urs Schmid (FDP): *Die im Jahr 2012 budgetierten Mittel für das Projekt Kongresszentrum umfassen den Wettbewerb inklusive Vorbereitung sowie das Vorprojekt. Eine detaillierte Aufschlüsselung zu den Ausgaben, kann erst nach dem Standortentscheid durch den Stadtrat gemacht werden.*

28 / 37

S. 309	40 4015 3182 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Städtebau Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
174.	Antrag Stadtrat				2'000'000	Mehrheit
			2'000'000	0		Minderheit
						Enthaltung

Urs Schmid (FDP) Referent,
Präsident Dr. Urs Egger
(FDP), Vizepräsident Roger
Liebi (SVP), Monika Erfigen
(SVP), Andrea Nüssli-Danuser
(SP), Christine Seidler (SP),
Florian Utz (SP), Rebekka
Wyler (SP)
Walter Angst (AL) Referent,
Karin Rykart Sutter (Grüne)
Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Verschiebung weitere Planungsarbeiten für Kongresszentrum

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 20 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 175. und 176. (2011/269)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): *Wir lehnen die Erhöhung von 300 000 Franken ab. Die beiden Stellen sind nicht effizient. Dazu stellen wir noch einen Textänderungsantrag: Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die derzeit 200 Stellenprozente der Fachstelle Kunst und Bau ab 2012 ersatzlos aufgehoben werden können.*

Christine Seidler (SP): *Die Fachstelle Kunst und Bau hat nicht nur eine lange Tradition, sondern ist auch ein Grundauftrag. Kunst im öffentlichen Raum exponiert sich und das erfordert einen sorgfältigen, thematischen Umgang. Dafür ist die Fachstelle Kunst und Bau zuständig. Sie ist federführend, um Kunstprojekte durch verschiedene Planungs- und Projektierungsphasen zu begleiten. Die verschiedenen Bedürfnisse der Nutzerschaft, der ArchitektInnen und der Kunstschaffenden, müssen aufeinander abgestimmt, die gemeinsame Strategie definiert werden. Der Auftrag von Kunst und Bau bleibt auch bei einer Stellenkürzung vorhanden. Jedoch dann mit dem Effekt, dass die Prozesse von ProjektleiterInnen umgesetzt werden, die nicht fachspezifische ExpertInnen sind. Dies würde zu einer äusserst unkoordinierten Sache werden und wäre dem Anliegen nicht förderlich.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Hungerbühler (CVP): *Ich habe nichts dagegen, wenn sich MitarbeiterInnen der Stadt dem Thema annehmen und auch allgemein nichts gegen Kunst im öffentlichen Raum. Obwohl uns gerade Objekte wie das Nagelhaus, dem das Volk 2010 den Stecker rauszog, in unserer Kritik eher bestärkt haben. Wir wagen zu bezweifeln, ob es eine eigene Fachstelle Kunst und Bau wirklich braucht und bitten deshalb, nicht nur die veranschlagten 300 000 Franken zu streichen, sondern auch das Postulat zu überweisen. Wir stellen die Fachstelle an sich in Frage, nicht aber ihre Tätigkeit. Diese kann durch andere Verwaltungsstellen ausgeführt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Kunst und Bau beurteilt und juriert nicht nur, sondern vermittelt auch. Die Objekte Kunst am Bau schaffen einen Mehrwert in Schulen, Altersheimen und anderen öffentlichen Gebäuden. Die Fachstelle nimmt ihren Auftrag, mit Augenmass, haushälterisch und professionell wahr. Das Postulat schlägt nur eine vordergründige Sparmassnahme vor, denn irgendwer soll die Aufgabe übernehmen. Das bedeutet, dass immer wieder jemand anderes den Auftrag neu in die Hände nimmt. Es fehlt dann an der Qualitätssicherung, Professionalität und an einem gemeinsamen Boden, um die Projekte umzusetzen. Erst recht höhere Kosten würde eine externe Vergabe mit sich bringen. Im Endeffekt würden diese Kosten die momentanen der Fachstelle übersteigen. Das Postulat ist deshalb abzulehnen und dem Budget zu folgen.*

Michael Baumer (FDP): *Nur weil etwas eine lange Tradition hat, muss man es nicht automatisch beibehalten. Kunst soll im öffentlichen Raum nicht verhindert werden. Doch die Menge, die man umsetzt, verteuert das Bauen. Das ist ganz natürlich bei einer Fachstelle, die sich tagtäglich mit nichts anderem befasst und deshalb den entsprechenden Output produzieren will. Wir wollen einerseits günstige Wohnungen, schlagen aber dann bei Kunst und Bau 10 % auf. Man kann nicht beides haben: Billiger wohnen und obendrein superschön.*

Mark Richli (SP): *Es ist vollkommen sinnlos, eine Fachkommission durch irgendwelche anderen Dienste ersetzen zu wollen. Leute, die keine Sachkenntnis besitzen, sollen also zukünftig darüber entscheiden? Ich frage mich, was daran effizient sein soll.*

Thomas Schwendener (SVP): *In einem Zürcher Pflegezentrum gibt es Kunst am Bau in einem Aufbahrungsraum, was den Pensionierten offensichtlich nicht mehr viel bringt. Im selben Altersheim gab es ein weiteres Kunstobjekt, von dem niemand wusste, was es darstellen soll. Die Frage nach der Effizienz dieser Fachstelle erübrigt sich damit.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Fachstellen haben es im Moment schwer. Man muss sie einzeln anschauen und wenn nötig hinterfragen. Die Budgetdebatte ist jedoch*

nicht der richtige Zeitpunkt, den Leuten die Kündigung gleich unter die Nase zu halten. Deshalb unterstützen wir das Postulat, doch das Budget gewähren wir nicht. Wir wollen dem Stadtrat ein Jahr Zeit geben, damit er überlegen kann wie es mit der Fachstelle weitergehen soll.

S. 312	40 4020 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
175.	Antrag Stadtrat				14'129'300	Mehrheit
			300'000		13'829'300	Minderheit
						Enthaltung
						Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Aufhebung Fachstelle "Kunst am Bau"

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 177.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Christine Seidler (SP): *Auch wenn sich die SVP vehement für das Ziel einer 6000-Watt-Gesellschaft engagiert, hat das Volk trotzdem anders entschieden. Die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft ist vom Volk bestätigt, das heisst vom Souverän bestimmt worden. Das effizienteste Eignungspotenzial liegt zu einem hohen Teil einerseits im Mobilitätsverhalten, aber auch in der Energiebilanz von Gebäuden. Um das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, braucht es innovative Lösungen unter Rücksichtnahme auf Denkmalschutz, Stadtbildqualität und Funktionalität.*

Heinz Schatt (SVP): *Ich fasse die Anträge 177, 180 und 181 unter der gleichen Argumentation zusammen. Die Beträge aus dem letzten Jahr wurden vom Stadtrat verdoppelt. Die Mehrheit der Kommission hat zudem angekündigt, dass man auf die fünf Millionen Franken noch zusätzliche drei Millionen Franken draufschlägt. Wir sind nicht gegen energetische und ökologische Massnahmen, aber hier stellt man der Verwaltung einen Blankocheck aus. Die Gefahr dabei ist, dass nicht die Vorhaben ausgeführt werden, die sinnvoll und wirtschaftlich sind sowie auch energietechnisch etwas bringen.*

Dafür werden die Projekte umgesetzt, die greifbar, vorhanden und schnell realisierbar sind. Das ist nicht der Volkswille. Wir sind bereit, der Verwaltung die letztjährigen Beträge aller drei Anträge zu gewähren. Falls sie jedoch mehr Geld benötigt, müssen konkrete Ideen vorgelegt werden.

Urs Schmid (FDP): *Es handelt sich hier um eine Budgeterhöhung von 300 000 Franken infolge Aufhebung der für 2011 beschlossenen Budgetkürzung im Bereich der energetischen und ökologischen Sanierungsmassnahmen bzw. um eine Anpassung auf die Vorjahreswerte.*

Weitere Wortmeldungen:

Bernhard Piller (Grüne): *Zum Glück verlangen wir nur eine Million Franken Erhöhung auf diesem Budgetposten. Mit einer Million kann man nicht wahnsinnig grosse Schritte machen. Wir haben eine Erneuerungsrate von 1,2 % - 1,3 % beim Gebäudebestand. Wenn wir so weitermachen, benötigen wir 80 Jahre bis wir die 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich umsetzen können.*

Walter Angst (AL): *Die AL wird bei den Anträgen 177, 180 und 181 in die Enthaltung gehen. Diese Anträge wurden in letzter Minute gestellt. Alle, die dazu Rückfragen gestellt haben wissen, dass es sich hier um gezielte Projekte handelt. Leute müssen daran arbeiten und die Projekte aufgleisen. Die Grünen fordern einfach, dass der Stadtrat auf die Tube drückt. Doch dieser wurde von der Partei nicht gefragt, ob er noch Sachen in der Pipeline hat, die er mit dem zusätzlichen Geld, das ihm jetzt geschenkt werden soll, beschleunigen könnte. Die AL unterstützt die Fähnlianträge, weil sie weiss, dass alles beim alten bleibt und der Stadtrat versichert, das Geld nicht für irgendetwas auszugeben, was nicht geplant wurde.*

Michael Schmid (FDP): *Wir sollen noch mehr Geld zu sprechen, ohne wirklich Ideen oder Massnahmen zu sehen. Ich habe den Eindruck, dass schon zu viel Geld vorhanden ist und zu viele Dienstabteilungen darin involviert sind. Es ist eine Frage der Koordination und des Umsetzungswillens in der Stadtverwaltung, dass man mehr erreichen könnte mit dem Einsatz von Steuergeldern. Der Rat hat vor einem Jahr eine Motion überwiesen über die Gebäudedämmung im öffentlichen Raum. Diese sollte nicht länger einer Sondernutzungskommission unterworfen sein. Der Antrag wurde mit grosser Mehrheit überwiesen. Doch bisher ist in diese Richtung nichts passiert. Das wäre allerdings eine konkrete Massnahme. Einfach etwas zu machen, damit man sagen kann, man hätte etwas für die 2000-Watt-Gesellschaft getan, ist nicht originell.*

32 / 37

S. 313	40 4020 3141 0200	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Energetische/Ökologische Sanierungsmassnahmen in Liegenschaften des VV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
177.	Antrag Stadtrat				1'000'000	Minderheit 1 Urs Schmid (FDP), Referent Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
				1'000'000	2'000'000	Mehrheit Christine Seidler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			500'000		500'000	Minderheit 2 Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
Begründung: Mehrheit: Umsetzung 2000-W-Gesellschaft; Minderheit 2: Budget 2011 war ausreichend						

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (2'000'000) 71 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 178.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): 45 900 Franken hat das Amt für Hochbauten im Jahr 2011 für externe Managementberatungen benötigt. Statt mit den Angestellten direkt Klartext zu reden, wurden jetzt noch 50 000 Franken mehr beantragt für externe Kader-Assessments und Gruppencoachings. Diese MitarbeiterInnenführungen sollten intern geregelt werden, weshalb die veranschlagte Summe abzulehnen ist.

Urs Schmid (FDP): Beim budgetierten Betrag von 95 900 Franken handelt es sich um einen Erfahrungswert, welcher für die Durchführung der Gruppen- und Einzelcoachings, der Assessments für Kadermitglieder und für den Strategieprozess im Rahmen der AHB-Organisationsentwicklung benötigt wird.

33 / 37

S. 313	40 4020 3186 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
178.	Antrag Stadtrat				95'900	Mehrheit
			45'900		50'000	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Begründung: Nicht notwendig, Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 179.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Mitgliederbeiträge haben sich im Vergleich zum letzten Jahr verdoppelt. Die Stadt muss nicht überall dabei sein. Der Betrag ist zu streichen.

Urs Schmid (FDP): Die Mehrheit sieht das anders und beantragt, mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 313	40 4020 3197 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Mitgliederbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
179.	Antrag Stadtrat				20'000	Mehrheit
			10'000		10'000	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Begründung: Unnötige Mehrausgaben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 25 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 180. und 181.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Für beide Geschäfte wurden im Jahr 2009 Rahmenkredite bewilligt. Für die Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften veranschlagte der Gemeinderat 18 Millionen Franken und für dieselben Massnahmen in städtischen Wohnsiedlungen waren es zehn Millionen Franken. Deshalb kann man jetzt Gas geben und in beiden Fällen die Beträge von zwei auf drei Millionen aufstocken.

Urs Schmid (FDP): Es geht in beiden Fällen um Budgeterhöhungen infolge Aufhebung der 2011 beschlossenen Budgetkürzungen im Bereich der Beiträge für Energiemassnahmen in städtischen Liegenschaften. Den Anträgen vom Stadtrat ist zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen siehe Antrag 177.

S. 314	40 4020 563010	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Beiträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
180.	Antrag Stadtrat			1'000'000	2'000'000	Minderheit 1 Urs Schmid (FDP), Referent Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
				1'000'000	3'000'000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'000'000		1'000'000	Minderheit 2 Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Mehrheit: 2000-Watt-Gesellschaft; Minderheit 2: Betrag gemäss Budget 2011

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (3'000'000) 70 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

35 / 37

Antrag 181.

Wortmeldungen siehe Antrag 180.

S. 314	40 4020 563020	HOCHBAUDEPARTEMENT Amt für Hochbauten Beiträge für Energiesparmassnahmen in städtischen Wohnliegenschaften				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
181.	Antrag Stadtrat				2'000'000	Minderheit 1 Urs Schmid (FDP), Referent Präsident Dr. Urs Egger (FDP)
				1'000'000	3'000'000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'000'000		1'000'000	Minderheit 2 Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Mehrheit: 2000-Watt-Gesellschaft; Minderheit 2: Betrag gemäss Budget 2011

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (3'000'000) 70 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 182.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir beantragen eine Kürzung. Es sollte möglich sein, Reinigungen und Hauswartungen mit der bisherigen Gesamtstellenzahl in der Stadt zu lösen.

Walter Angst (AL): Die SVP fordert eine Streichung der Stellenprozente beim Reinigungspersonal, nicht eine Arbeitsaufteilung innerhalb der städtischen Gesamtstellenzahl. Wir sollten nicht bei den Leuten sparen, die reale Tätigkeiten ausführen, sondern dafür sorgen, dass der Verwaltungsaufwand bei der IMMO nicht zusätzlich wächst.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Die Hauswartungsstellenprozente für die Reinigung hängen auch mit dem OIZ Siemens Albis zusammen, einer Vorlage, der die Bevölkerung 2009 zustimmte. Wir haben die Personalfolgekosten damals ausgewiesen. Es ist kurzsichtig, ein Gebäude zu bewilligen, ohne das Reinigungspersonal miteinzuberechnen.*

S. 314	40 4040 3010 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
182.	Antrag Stadtrat	145'000		30'894'600 30'749'600	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		546'200		30'348'400	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Mehrheit: Neue Aufgaben im Finanz- und Rechnungswesen der IMMO kosten- und stellenplanneutral ausführen; Minderheit: Reinigung und Hauswartung muss im Rahmen der bisherigen Gesamtstellenzahl in der Stadt gelöst werden können

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (30'749'600) 83 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 183.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Bei diesem Budgetposten geht es schlicht und einfach um eine Kompensation der Sparrunde 2011. Wer im Kleinen nicht sparen kann, schafft es auch im Grossen nicht.*

Christine Seidler (SP): *Die Kunstsammlung der Stadt, die von der IMMO verwaltet wird, tätigt kleine Ankäufe von jungen KünstlerInnen. Es handelt sich hier also um kleine Beträge und das wird auch so bleiben. Die Ankäufe erfolgen nach klaren Richtlinien und klaren Qualitätsansprüchen.*

37 / 37

S. 318	40 4040 3117 0101	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Anschaffungen Kunstgegenstände und Bilder: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
183.	Antrag Stadtrat				50'000	Mehrheit Christine Seidler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			25'000		25'000	Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Keine Kompensation Sparrunde 2011

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 39 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 101, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat